

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Schmelzen- u. Stahlgießindustrie, in Scheibentüpfereien und Glasereien, in Papper- und Buchbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Flößerer, Klebenleger, Ofenseger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Ercheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,-. Einzelhefte 10 Pf. Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Abbestellens Freitag

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6 Fernspr.: 217 000 bis 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232

Verantwortl.: Hans der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Dautinger Baumweg 10, Zentrale. Geschäftsangelegenheiten nach Carl durch „Werber“, Berlin SW 11.

## Arbeitsbeschaffung ist die Forderung des Tages!

Das System ist schuld! So brüllen Nazis und Kozis, so schreien Schwerindustrielle und Landjunker, so näseln ehemalige Hohenzollernprinzen und abgehalfterte hohe Militärs bei ihrer „fachverständigen“ Beurteilung der trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Auf dem „System“ wird herumgepaukt, gemeint ist aber von jedem dieser Schreier das kostbare eigene Ich, das einst vielleicht bessere Tage sah, unter dem neuen System aber nicht zur Geltung kommt und voller Inbrunst schielt nach vermehrtem heiligem Profit oder nach der Staatsprüfung, die ein gött- und menschenwohlgefälliges Leben verheißt auf Kosten der darbenenden Allgemeinheit. Und so schimpft denn alles gar kräftig über das „System Brüning“, das „System von Weimar“, das „System des sozialpolitischen Unsinns“, das „System der Gewerkschaften“, neuerdings auch über das „System Hindenburg“. Jeder legt sich die Sache nach dem eigenen Schnabel zurecht und schimpft weidlich über die „unpatriaren“ Zustände. Und die politischen Alphabete, von denen es in Deutschland wimmelt, die weder Lust noch genug Intelligenz haben, um ihr Quentchen Gehirnschmalz besonders anzustrengen und über die Dinge gründlicher nachzudenken, klaffen diesen politischen Handwerker freizeits und „begeistert“ Beifall...

Ja, das verfluchte System! Aber, ihr Herrschaften, erleben wir beispielsweise nicht das, was ihr in Deutschland als „System“ in Grund und Boden verdonnert, nicht auch in Amerika? Gibt es denn dort auch ein „System von Weimar“ oder ein „System Brüning“? Euer Milligramm Gehirnschmalz dürfte gerade noch zu der Erkenntnis ausreichen, daß es dort nicht daran liegen kann! Trotzdem sehen wir in von Sozialpolitik nicht im geringsten angehränkten Lande der unbegrenzten Möglichkeiten ein riesiges Arbeitsloseneind, wir sehen, daß auch dort die Benutzbarkeit auf den Nullpunkt gesunken ist, wir sehen, daß der Beschäftigungsgrad in der Eisen- und Stahlindustrie auf 20 v. H. des Höchststandes gesunken ist, der Eisenbahnverkehr einschrumpft, die Kursgebäude zusammenbrechen und die Wirtschaftskrise die öffentlichen Finanzen erschüttert. Alles wie in Deutschland, obwohl Deutschland arm an Geld ist, während die Vereinigten Staaten im Golde schwimmen. Das System? Na ja, gewiß! Das System hat tatsächlich schuld! Und zwar das privatkapitalistische System! Seine Anzulänglichlichkeit ist es, die solche Zustände verschuldet! Und ihr, ihr Herren vom Hakenkreuz und klirrenden Klemperladen, ihr Herren von Schlot und Esse, von Ur und Salm, ihr alle, die ihr das „System“ in den Abgrund der Hölle wünscht, ihr sucht ja nur das politische Blickfeld des deutschen Volkes zu vernebeln, sucht im fauligen Röhrchen der Dummheit und Unwissenheit Pfeifen zu schneiden nur um eures höchstgeigenen Vorteils willen!

Es ist gut, wenn angesichts solcher systematischen Gehirnverblödung und politischen Verwirrung die Gewerkschaften kühle Köpfe behalten und das Lebel an der Wurzel zu packen versuchen. Da sagte vom 16. bis zum 18. März 1932 in Bern der Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Er unterließ sich über die Wirtschaftslage der Welt. Nach einem ausführlichen Bericht Leiparks stellte der Ausschuß fest, daß die fünfundsiebzig Millionen Arbeitslose in der Welt fürchterlicher Beweis dafür sind, daß der Kapitalismus nicht infand ist, einen Ausweg aus der durch ihn verschuldeten Wirtschaftskrise zu finden. Produktion und Umsatz seien in nie gekanntem Ausmaß zusammengeschrumpft. Kreditkrise und Währungsverfall hätten die Zerrüttung der weltwirtschaftlichen Bindungen beschleunigt. Durch Zollkriege werde das Tempo der Wirtschaftsdrosselung

noch mehr verschärft. Im Chaos der Krise sei es so weit gekommen, daß die politischen Begleiterscheinungen dieses Zustandes die Freiheit der Arbeiterklasse bedrohen. Schon immer habe der IGB, Forderungen vertreten, deren Erfüllung die ungeheure Notlage der Welt verhindern würde. Und nun fördert der IGB, endlich aus dem Verlagen der kapitalistischen Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen und den Umbau der Wirtschaft vorzunehmen. Im Vordergrund stehe die Arbeitsbeschaffung. Alle vorhandenen Kreditmöglichkeiten müßten zur Finanzierung großzügiger Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Die in der Welt vorhandene Arbeit reiche nicht mehr aus, um alle Arbeiter und Angestellten voll zu beschäftigen. Deshalb sei die 40-Stunden- oder die 5-Tage-Woche als Höchstdauer der Arbeitszeit auf dem ganzen Erdball endlich gesetzlich durchzuführen. Die Wirtschaft müsse umgebaut werden. Europa müsse eine Wirtschaftseinheit werden. Auch in den anderen Ländern der Welt müsse man sich zu planmäßiger Wirtschaftsführung zusammenschließen. Selbstverständlich dürften diese großen Wirtschaftsgebiete nicht neue Hochburgen für den Monopolkapitalismus werden. Die Arbeiterklasse habe ihren ganzen Einfluß auszubieten, daß die Welt zu einer geregelten Produktion unter dem Gesichtspunkt der Bedarfsdeckung komme. Mit der Umformung der Gesamtwirtschaft müsse die Erweiterung des Einflusses der öffentlichen Hand auf allen wichtigen Gebieten des Wirtschaftslebens parallel gehen. Dies sind — so sagt der IGB — die Forderungen des Tages: Planmäßige Rohstoffgewinnung, planmäßige Güterverteilung, Planwirtschaft im Kreditwesen durch Vereinheitlichung des Notenbank-

wesens, Regelung des Geldwesens durch Schaffung einer einheitlichen internationalen Währung, schärfste Aufsicht über Banken und Börsen durch demokratische Kontrollämter, Brechung der kapitalistischen Monopolkonglomerate durch schärfste Monopolkontrolle.

So sehen die Forderungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes aus. Sie zeigen auf, wo die Fehler und Mängel in der Weltwirtschaft liegen und fordern eine Umformung der Gesamtwirtschaft. In ähnlicher Weise wird auch demnach der außerordentliche Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands Forderungen aufstellen. Im deutschen Volke aber möge trotz allen gebrunnenernden Phrasengeklirrs unserer zahlreichen Gegner endlich die Erkenntnis reifen, daß das privatkapitalistische System an allen wirtschaftlichen Lebeln der Welt die Schuld trägt und es höchste Zeit ist, daß dieses System verschwindet! Alle Arbeiterorganisationen müssen bemüht sein, die vom IGB aufgestellten Forderungen im Interesse einer internationalen Gesamtlösung solidarisch zu verfolgen ohne Rücksichtnahme auf die zeitweilig engeren Interessen eines einzelnen Landes! Das ist der Weg, der geeignet ist, den Umbau der Wirtschaft im Interesse der breitesten Volksmassen herbeizuführen und vorzuleiten zu einer sozialistischen Planwirtschaft, die auf den Bedarf eingestellt ist und dazu führt, daß endlich das unermessliche Elend von den darbenenden Proletariatsmassen genommen wird!

Alle das Blickfeld der breiten Massen vernebelnden Phrasen sind verwirrendes Gift für irrende Geister. Arbeitsbeschaffung ist die Forderung des Tages. An zweiter Stelle steht die planvolle Ueberleitung der Gesamtwirtschaft zum Sozialismus. Dafür treten wir ein in Wort und Schrift!

## Kollegen, beachtet das!

Vielsach äußern unsere Mitglieder im Lande ihre Unzufriedenheit darüber, daß unser Bauergewerksbund seine Unterfütungs-einrichtungen eingeschränkt hat. Sehr oft sind diese Unzufriedenheiten ausgesprochen in den Reihen unserer kommunistisch eingestellten Mitglieder zu finden. Das berührt londerbar, wenn man beachtet, daß es gerade die Kommunisten sind, die seit jeher über die Unterfütungs-einrichtungen der Gewerkschaften räpöniert und geschimpft haben. Immer wieder wurde von jener Seite mit Empörung betont, die Gewerkschaften müßten Kampfanstalten sein, das Unterfütungs-wesen innerhalb der Gewerkschaften vernebeln die Zwecke und Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Heute klingt anders. Heute wird räpöniert darüber, daß die Gewerkschaften vielfach ihre Unterfütungs-einrichtungen — wenn auch nur vorübergehend und durch die Not der Zeit dazu gedrängt — einschränken müssen. Es gilt eben in diesen Kreisen, unter allen Umständen Unzufriedenheit gegenüber der Organisation zu säen und auf diese Weise verärgerte Elemente von der Organisation loszulösen, um sie der alleinigmachenden ZPD zuzuführen. Ein solches Verfahren ist zwar unerlich, aber es gehört mit zu den beliebtesten Kampfmitteln der Bolschewiken gegen unsere Gewerkschaftsbewegung.

Mit Vernunftgründen ist in solchen Dingen zumeist wenig auszurichten. Aber wir wollen einmal Zahlen sprechen lassen. Zahlen beweisen vielfach und oftmals mehr als der schönste, gut durchdachte Vortrag. Die Mitglieder unseres Bundes waren seit dem Winter 1928/29 ständig in hohem Grade arbeitslos. Bereits im Jahre 1929 stülte unser Bund im Jahresdurchschnitt 29 % Arbeitslose. Dieser Prozentsatz erhöhte sich im Jahre 1930 auf durchschnittlich 48 %; er betrug im Jahresdurchschnitt 1931 sogar 65 %. Man beachte: Bereits im Jahre 1930 war durchschnittlich die Hälfte aller Mitglieder arbeitslos, im Jahre 1931 waren es rund zwei Drittel. Diese fürchterliche Not hat die Unterfütungs-einrichtungen unseres Bundes auf das allerhöchste angespannt. So wurden bereits im Jahre 1929 in 27 688 Fällen von Erwerbslosigkeit (Arbeitslosigkeit und Krankheit) durchschnittlich je Fall 37,91 M aus der Bundeshaupthasse gezahlt. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit machte im Jahre 1930 sogar eine Unterfütung in 303 189 Fällen mit je 44,52 M im Durchschnitt notwendig. Solchen ungeheuren Ausgaben, denen verhältnismäßig winzige Einnahmen gegenüberstehen, ist auf die Dauer keine Organisation gemachten. Unser Bund war infolge dieser starken Beanspruchung gezwungen, die Unterfütungs-berechnung

zu erschweren und die Unterfütungs-sätze herabzusetzen; trotzdem wurden auch im Jahre 1931 noch in 171 731 Fällen von Erwerbslosigkeit durchschnittlich je Fall 44 M Unterfütung gezahlt. So hat denn unsere Hauptkasse auf diese Weise in den genannten drei Krisen-jahren insgesamt rund 32 193 000 M Unterfütung

an erwerbslose Mitglieder ausgegeben. Zu dieser ungeheuren Unterfütungssumme kamen aber noch als Unterfütung an invalide Mitglieder, die ständig eine monatliche Unterfütung erhalten, 2 710 676 M; als Unterfütung in Sterbefällen 1 879 985 M; an wandernde Mitglieder wurden 206 128 M ausgezahlt. Insgesamt hat demnach unser Bauergewerksbund in den drei Krisen-jahren rund 37 Millionen Mark an die Mitglieder in Unterfütungsfällen zurückgezahlt.

Zahlen reden! Durch diese 37 Millionen Mark wurde manche Not gemildert und manche Sorge verdrängt. Man beachte aber auch, daß dadurch die Widerstandskraft gegen die Unternehmernwillkür gestärkt worden ist. Unsere Gegner, die die Gewerkschaften dauernd schmähden, die sogar versuchen, die Gewerkschaften für das Verlagen der kapitalistischen Wirtschaft verantwortlich zu machen, sollten einmal darüber nachdenken, welche soziale und volkswirtschaftliche Bedeutung es hat, wenn unser Bund, der nur etwa 10 % der freien Gewerkschaften umfaßt, mit der jedenfalls nicht unbedeutenden Summe von

37 Millionen Mark Unterfütung konjunkturausgleichend gewirkt hat. Im übrigen zeigt diese gewaltige Leistung, daß es wohl eine Krise der kapitalistischen Wirtschaft gibt, jedoch die Gewerkschaften gerade in dieser Krise ihre Kraft und Widerstandsfähigkeit beweisen. Aber diese Zahlen sollten auch unsern Mitgliedern beweisen und ihnen zu bedenken geben, daß solchen Ausgaben auf die Dauer auch die bestfundierte Organisation nicht gewachsen sein kann. Sie sollten verstehen, wenn nur noch ein geringer Bruchteil der Mitglieder Unterfütungseinrichtungen in ihre Hände nehmen, daß dann die Unterfütungseinrichtungen in ihrem vollen, ursprünglichen Ausmaße nicht aufrechterhalten werden können. Will eine Organisation solche Ausgaben auf die Dauer leisten, dann müssen ihr auch entsprechende Einnahmen zur Verfügung stehen. Das ist jedweder, der kühl über diese Dinge nachdenkt, begriffen! Und die Gegner laßt schimpfen. Ihre „hebre“ Aufgabe besteht darin, die Gewerkschaften herabzusetzen und zu verächtlichen. Wenn aber einer gar zu frech wird, dann schlägt ihm die hier genannten Zahlen um die Ohren!

### Autarkie.

Mit Autarkie bezeichnet man eine Erscheinung, die während der Weltwirtschaftskrise auftauchte und die in ihrer Auswirkung geeignet ist, neben der Wirtschaftskrisenbewegung die Volkswirtschaftsorganisation zu fördern. Unter Autarkie ist die Selbstgenügsamkeit innerhalb einer Volkswirtschaft zu verstehen; sie bedeutet deren Abriegelung von dem Weltwirtschaftsorganismus. Diese Bestrebungen sind durch besondere Auswirkungen der jetzigen Wirtschaftskrise veranlaßt. Frühere Krisen waren in der Hauptsache durch Störungen in der Sphäre der Produktion gekennzeichnet, dagegen wurde der Weltmarkt in einem weit geringeren Ausmaß davon berührt. Die heutige Krise weist entgegengesetzte Erscheinungen auf. Während im zweiten Halbjahr 1931 die gesamte Weltproduktion sich um 3,2 % verminderte, ist der Weltmarkt um 10 %, also um mehr als das Dreifache, zurückgegangen. Die Verluste auf dem eigenen Markt der von der Krise betroffenen Industrielande konnten in früheren Krisen durch Ausfuhr teilweise ausgeglichen werden. Dieser Ausgleich, der eine Flucht von dem Binnen- auf den Weltmarkt bedeutete, fehlt heute. Die Autarkiebewegung, die heute zu beobachten ist, zeigt die umgekehrte Entwicklungsrichtung; sie bedeutet die Flucht vom Weltmarkt auf den Binnenmarkt. Um den zusammengekrüppelten Weltmarkt wird — hauptsächlich von den Schuldnerländern — ein scharfer Kampf geführt. Die Abhängiger sehen sich diesem Kampf um ihren eigenen Markt mit Maßnahmen zur Wehr, die die Einfuhr erschweren. So haben Länder wie England, die von jeder auf dem Standpunkt des Freihandels beherrschten, heute Vollzölle erreicht, die jeden normalen Verkehr mit dem Weltmarkt ausschließen. Durch Zollschöbungen bei Einfuhr, Kontingentierung und andere, die Einfuhr erschwerende Bedingungen kapseln sich die einzelnen Volkswirtschaften mehr und mehr von dem gesamten Volkswirtschaftsorganismus ab. Man beschränkt in den einzelnen Ländern die Einfuhr auf ein Mindestmaß des Bedarfs. In dieser Bewegung sind die Gläubigerländer wesentlich günstiger daran als die Schuldnerländer. Die Schuldnerländer, darunter vor allem Deutschland, stehen unter einem stärkeren Zwang, Produkte auszuführen, da sie mit dem Mehrerlös aus der Ausfuhr nur ihre Schulden bezahlen können. Dieser Ausfuhrzwang wird in den Schuldnerländern in der Regel der Binnenmarkt verdrängt. Der scharfe Konkurrenzkampf um den zusammengekrüppelten Weltmarkt führt durch Kostenlenkung zur Preislenkung. Das bedeutet aber auch gleichzeitig Einkommensenkung und verminderte Konsumkraft auf dem Binnenmarkt. Das Ergebnis dieser Vorgänge ist eine erkrankte und verkümmerte Wirtschaft, wie wir sie in dieser Krise in nie gekanntem Ausmaß erleben. Der Schrumpfungszustand in den Schuldnerländern und die immer geringer werdende Aussicht auf Weltmarktabsatz stellen die Schuldnerzahlungen an die Gläubigerländer in Frage oder machen sie gar unmöglich. Zusammenbrüche sind unvermeidlich. Notgedrungen muß von den Gläubigern Zahlungsaufschub gewährt werden; das ohnehin stark erschütterte Vertrauen zur eigenen Volkswirtschaft sinkt immer mehr. Immer mehr werden die Gläubigerländer dieser Vorgänge, die werden durch die Schuldnerländer mit ihrer Schuld an den Weltmarkt, auch ihre Wirtschaften zu Grunde gehen. Die Autarkiebewegung, die heute zu beobachten ist, ist ein Zeichen für den Zusammenbruch der Weltwirtschaft, ohne den die gesamten Völker und ihre Kultur verkümmern müssen.

Wie liegen nun die Verhältnisse für die deutsche Wirtschaft? In der Presse der Reichs- und der Länderpresse wird aus Unkenntnisgründen die Reklametrömmel für Autarkie der deutschen Wirtschaft geführt. Man darf nicht verkennen, daß sie damit bei den bauerlichen Massen Deutschlands, denen dadurch eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage vorgezaubert wird, starken Eindruck erwecken. Wenn man die eigene Wirtschaft auf sich selbst stellen will und sie in dieser Form lebensfähig sein soll, muß die wichtigste Voraussetzung dafür vorhanden sein. Dazu ist nötig, die Bevölkerung mit Erzeugnissen von eigenem Grund und Boden ernähren und die Rohstoffe erzeugen zu können, die zur heimischen industriellen Produktion notwendig sind. Diese Voraussetzungen sind in Deutschland nicht vorhanden. Der deutsche Boden gestattet nicht, die eigene Bevölkerung zu ernähren; wir sind bei einem Teil unseres Lebensmittelbedarfs auf die Einfuhr angewiesen. Ebenso wenig können wir die von unserer Industrie benötigten Rohstoffe für den Selbstbedarf im eigenen Lande gewinnen. Im letzten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung wurde die deutsche Ausfuhr im Jahre 1927 mit einem Viertel der gesamten deutschen Gesamtproduktion angegeben. Gegenwärtig beträgt der Anteil der Ausfuhr an der Gesamtproduktion in Deutschland sogar 40 %. Man kann statisch leicht nachweisen, daß die deutsche Wirtschaft, in dem heutigen Umfang auf sich selbst gestellt, überhaupt nicht aufrecht zu erhalten ist. Die vorgenannten Ausfuhranteile an der Gesamtproduktion Deutschlands allein beweisen, wie das deutsche Wirtschaftsgeschehen unter solchen Bestrebungen zusammenbrechen müßte. Ganze Industrien, die zum größten Teil auf Ausfuhr angewiesen sind, würden sofort zusammenbrechen. Die arbeitslos werdende Arbeitererschaft in diesen Industrien würde ohne Aussicht auf andere Beschäftigung jeder Existenzmöglichkeit beraubt sein. Hierbei äußerte sich im Wirtschaftsausschuß der Deutschen Volkspartei der Reichstagsabgeordnete Kögler zu der nationalsozialistischen Propaganda für die Autarkie: „Die autarkischen Bestrebungen können nur durch rücksichtslose Senkung des Lebensstandards erkauft werden. Von den 400 000 Arbeitern der Maschinenindustrie entfallen 240 000 auf die Ausfuhr.“ Der Kölner Bankier Ferdinands, ein politisch rechtsstehender Herr, hat zu dem gleichen Thema kürzlich auf einer Tagung der amerikanischen Handelskammer erklärt, daß die Maschinenindustrie, die elektrochemische Industrie, die chemische und optische Industrie neben anderen ohne den Auslandsmarkt undenkbar seien. Er führte dann weiter wörtlich aus: „Versuche man sie aus ihrem Zusammenhang zu lösen, so müßten sie in kürzester Frist verkümmern. Rückkehr zur primitiven Stadt- und Bauerwirtschaft läßt überwundener Epochen müße die Folge sein, und zwar unter schwersten Zuckungen und Krämpfen der deutschen Wirtschaft, gegen die die jetzige Krise sich ausnehmen würde wie ein harter Wind gegen einen rasenden Draken.“

Man braucht sich nicht einmal auf die Ausführungen berätigt bekannter Wirtschaftler zu stützen. Die einfache Überlegung, die wir als Voraussetzung für eine selbstgenü-

### Julius Fräßdorf

Julius Fräßdorf, der neuen Generation in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung weniger bekannt, ist in Dresden im Alter von 75 Jahren verstorben. Julius Fräßdorf war bereits in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Führer der Dresdener Köpfer. Später widmete er sich mehr der Politik und dem Sozialversicherungswesen, jedoch war er vorübergehend auch noch im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts eine Zeitlang Gauleiter der Köpferischen Köpfer. Bei seinem Ausscheiden aus der gewerkschaftlichen Tätigkeit erklärte er jedoch, der Gewerkschaft treu zu bleiben bis zu seinem Tode. Dieses Versprechen hat er getreulich gehalten. — Bereits im Jahre 1895 wurde Julius Fräßdorf in den Sächsischen Landtag gewählt, dem er bis zur Revolution — zeitweilig als Vizepräsident — angehörte. Nach der Revolution wurde er Mitglied und Präsident der Volkskammer. Erwähnt sei ferner, daß Julius Fräßdorf auch geraume Zeit Reichstagsabgeordneter war. Als Sozialpolitiker genoss er hohes Ansehen. Er war lange Jahre Vorsitzender des Hauptverbandes der Strickerhandwerker, und als er durch Krankheit vom öffentlichen Leben zurücktrat, wurde er zum Ehrenvorsitzenden dieser Vereinigung ernannt. — Julius Fräßdorf ist ein Mann, der ein Leben lang mit ihm dahingegangen. Er ist über den Rahmen der Sportorganisation hinaus in weiten Volkskreisen als eifriger Verfechter der Volksrechte bekanntgeworden. Seine Verdienste um die Aufwärtsentwicklung des Proletariats werden noch lange Zeit im Gedächtnis der Arbeiterchaft weiterleben. Auch wir werden — obwohl er zuletzt politisch andere Wege ging — sein Andenken stets in hohen Ehren halten!

jame Wirtschaft angegeben haben, muß jedem denkenden Menschen einleuchten. Wenn man die eigene Bevölkerung mit Ökern aus dem Lande selbst gewonnenen Rohstoffen nicht versorgen kann, dann bleibt nur die Rohstoffimportation übrig. Um einführen zu können, muß man aber Gegenwerte in der gleichen Höhe ausführen können, wenn man nicht auf Kosten der eigenen Substanz sein Dasein fristen will. Die deutsche Wirtschaft ist an das Ausland stark verschuldet. Viele Schulden müssen einmal bezahlt werden. Das kann aber nur mit dem Erlös durch ein Mehr von Ausfuhr gegenüber der Einfuhr geschehen. Um diese logischen Feststellungen kommt man nicht herum.

Einseinerüberlegungen über die Frage der Autarkie werden in der nächsten Zeit in Deutschland sehr ausgiebig geführt werden. Selbst ganz kühle Wirtschaftskenner sehen die Notwendigkeit der Autarkiebewegung in der gesamten Welt eine Bewegung, die nicht so schnell beiseite geworfen werden kann. Sie nähren bei uns den Gedanken, die deutsche Wirtschaft vorübergehend auf Selbstgenügsamkeit, d. h. auf ihren eigenen Markt einzustellen. So hat Professor Dr. Ernst Wagenmann, der Direktor des Instituts für Konjunkturforschung in der Leipziger Zeitung in der sozialistischen Form einer Broschüre „Autarkie des Reichs“ geschrieben. In einem Artikel „Die Autarkie der Weltwirtschaft“ schreibt er u. a.: „Nicht erhöhte Befähigung zum Auslandsmarkt, die zur Zeit ohnehin kaum Erfolg haben kann, sondern Stützung und Stärkung des Binnenmarktes, selbst unter zeitweiliger Vernachlässigung des Außenhandels, wird wahrhaftig die einzige Ausweg sein.“ Und am Schluß sagt Wagenmann, der sich nicht so schnell über die Autarkie hinwegsetzt wie wir: „Die Autarkie der Weltwirtschaft“ ist ein Schritt, der nicht ohne Gefahr für unsere Zukunft bedeutet, ergibt sich für uns eine ganz klare Forderung: Die deutsche Reichsregierung, die durch den Zwang der Verhältnisse in ganz erheblichem Maße in die Führung der Wirtschaft eingreifen gezwungen war, muß unter allen Umständen eine Entwicklung verhindern, die zur Verelendung breiterer Kreise in Deutschland führen muß. Die für die gesamte Welt äußerst gefährliche Entwicklung, die sich durch die wirtschaftliche Abkühlung der einzelnen Länder angebahnt hat, muß durch internationale Zusammenarbeit, durch planmäßige Wiederbelebung der Weltwirtschaft ihrer unauflöslichen Fesseln entsetzt werden. Die Autarkiebewegung ist eine unauflösbare Fessel, da sie die natürliche Zusammenhänge der Weltwirtschaft zerstört. Wir können nicht wie Professor Wagenmann auf die sich selbsttätig einstellenden Gegenkräfte warten, die diese unauflösbare Bewegung wieder rückgängig machen sollen; wir fordern von den Regierungen aller in Betracht kommenden Länder schnelles Eingreifen, ehe es zu spät ist.“

### Das Ende der Preislenkung.

Der Reichsindex der Lebenshaltungskosten ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats März mit 122,4 gegen 122,2% im Februar fast völlig unverändert geblieben. Mit dieser Feststellung hat die in der Dierken Notverordnung angekündigte Preislenkung ihr Ende erreicht. Wir können als endgültiges Ergebnis der Lohn- und Preislenkung feststellen, daß nach der Notverordnung die Löhne und Gehälter im gewogenen Durchschnitt um 12 % gesenkt worden sind und diese Einkommensenkung durch die Verbilligung der Lebenshaltungskosten nur um etwas mehr als die Hälfte weitgemacht worden ist. Nach der Notverordnung sollte der verordnete Einkommensschwund durch Verbilligung der Lebenshaltung ausgeglichen werden. Wir sehen jedoch, daß dadurch ein neuer Kaufkraftschwund herbeigeführt wurde, und daß — wie immer — dem Einkommensschwund ein Arbeitslosigkeit hinzugefügt ist.

Zunahme ist jene neue Lage geschaffen, von der der Reichskanzler in seinem Brief vom 12. Dezember 1931 an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Genossen Wels, gesprochen hat. Diese neue Lage bedeutet, daß die Reichsregierung nunmehr Maßnahmen treffen müßte, um dem Einkommens- und Arbeitslosigkeit zu begegnen. Nach der Anschauung Brünings wäre jetzt notwendig, das Einkommen der Arbeitenden zu erhöhen, denn es lag ja nach seinem Brief nicht die Pflicht vor, durch die Notverordnung die volkswirtschaftliche Gesamtlage zu verschlechtern. — Was tun aber die Unternehmer? Sie schreien unentwegt weiter nach Lohnabzug. Die Notverordnung

habe bei weitem nicht das gebracht, was man von ihr erwartet hätte. Außerdem wollen die Unternehmer noch anderen wichtigen Sozialrechten aus den tariflichen Abmachungen auf den Leib rücken, vor allem möchten sie den Urlaub und sonstige wichtige Bestandteile der Tarifverträge abschaffen oder mindestens verschlechtern.

Wie stellt sich dazu das Reichsarbeitsministerium? Dr. Stegerwald wiegt sich in Hoffnungen, die keine Erfüllung finden. Weil die rheinisch-westfälische Schwerindustrie bis jetzt die Lohnsätze nicht gekürzt hat, glaubt Dr. Stegerwald daraus schließen zu können, daß in Deutschland überhaupt die Abschaffung der Löhne nicht gekündigt werden. Er sollte beachten, daß die Schwerindustrie so niedrige Löhne zahlt, daß ein weiterer Abbau schließlich unmöglich wäre. Für uns steht im Gegensatz zu Stegerwalds Ansicht fest, daß auf Grund der Dierken Notverordnung fast alle Tarife am 30. April ablaufen werden. Und deshalb liegt der Reichsregierung die Pflicht ob, um das Wort des Reichskanzlers einzulösen und um unliebsame und unerwünschte Vorgänge zu vermeiden, daß sie eingreift und in der weiteren politischen Lohngestaltung in einer für die Arbeiter günstigen Weise eine entscheidende Initiative ausübt!

Wie stellt sich Dr. Stegerwald dazu? In einer Verlautbarung hat er der Offenlichkeit folgendes gesagt: „Berechtigterweise erhebe ich in einzelnen Berufszweigen die Anpassung der bisher gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne und Gehälter.“ Was heißt das? Jeder Unternehmer wird eine solche Auslassung auf seinen eigenen Betrieb anwenden. Jeder Unternehmer wird in seinem Betriebe die Löhne und Gehälter als „überhöht“ betrachten. Somit enthält diese Verlautbarung aus dem Reichsarbeitsministerium nichts anderes als eine Ermächtigung an das Unternehmertum, mit seinen Angriffen gegen die Löhne der Arbeiterchaft und ihre sonstigen gewerkschaftlichen und sozialen Einrichtungen vorzugehen!

Ist das der Sinn des Reichskanzlerbriefes vom 12. Dezember? Wenn dieser Brief in allen seinen Teilen entzogen werden soll, so müßte daraus resultieren, daß die Reichsregierung die Pflicht hätte, dafür zu sorgen, daß auf dem Verordnungswege die Löhne der Arbeiter entsprechend dem durch die Dierke Notverordnung entstandenen Einkommensschwund erhöht werden. Wir sehen aber, daß der Reichsarbeitsminister dabei ist, die Unternehmer zu neuen Angriffen auf die Löhne und sonstigen tariflichen Erzeugnissen der Arbeiterchaft zu ermuntern. Obgleich der Reichsarbeitsminister meint etwas anderes, als die Unternehmer verstehen wollen. Er meint ja nur „einzelne Berufszweige“ und nach der uns bekannten Einstellung im Reichsarbeitsministerium wird er damit in erster Linie die Bauarbeiter in hohem Maße meinen. Wir fragen aber: Soll das so weitergehen? Wir verlangen ganz entschieden, daß mit dieser ewigen Beunruhigung in lohnpolitischer Hinsicht durch die Reichsregierung und ihre Schlichter endlich Schluß gemacht wird! Man sollte auf jener Seite endlich begreifen, daß jeder erneute Lohnabzug neue Arbeitslosigkeit im Gefolge hat. Allerdings, wenn man in Deutschland durchaus auch noch die siebente und achte Million Arbeitsloser überdauern will, dann möge man solchen Eilenabzügen folgen. Wir stehen nicht ein für die Folgen, die sich aus ständigen Lohnabzügen heraus entwickeln werden. Und wie schrecklich das ist, wissen alle, die die Statistik der Arbeitslosen in Deutschland vor sich haben. Die Dierken Notverordnung ist ein unbedingtes Papier biest, sondern daß der Reichskanzler als oberster Beamter des Staates zu seinen Worten steht und dementsprechend im Reichskabinett dafür eintritt und sorgt, daß sein feierlich gegebenes schriftliches Versprechen in die Tat umgesetzt wird!

### Preisendenzen am deutschen Binnenmarkt.

Soweit die Großhandelsindexziffer in Frage kommt, bewegt sie sich seit Anfang dieses Jahres um 100 herum, ist also fast wie in der Dorkriegszeit. Seitdem steigen die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse teilweise sehr stark. Dies ist im wesentlichen auf die Sozialpolitik zurückzuführen. Die Preise der Industriestoffe sind eher noch mehr abwärts gerichtet. Doch scheint es auch hier zu einer gewissen Stabilisierung gekommen zu sein. Die Entwicklung der Indexziffer der Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren geht aus nachstehender Zusammenstellung hervor:

Zeit	Standa- bestimmte		Auslands- bestimmte		Gesamte Preise	Preis- steigerung
	1913 = 100	1926 = 100	1913 = 100	1926 = 100		
1931 Juli	117,1	79,3	93,8	62,0		
Dezember	112,7	68,8	89,3	54,0		
1932 Januar	106,6	67,7	84,4	51,2		
Februar	105,6	66,5	84,2	50,5		
Mitte März	105,3	65,5	84,1	50,0		

In dieser Tabelle ist lehrreich, daß die inlandsbestimmten Preise für Rohstoffe und Halbwaren noch immer über dem Dorkriegsstand liegen und auch jetzt Mitte vorigen Jahres weniger gesunken sind als die auslandsbestimmten Preise. Das gleiche gilt für die gebundenen und freien Preise. Im übrigen spricht die Tabelle für sich selbst. Preisrückgänge nennenswerter Art sind nicht mehr zu erwarten. Die Zusammenfassung aus dieser Wahrnehmung auf die Löhne ist einleuchtend.

### Mostwirthliche Fällcher und Schwindler.

In der „Rosen Fabne“ vom 31. März wird in einem gegen die baugewerblichen Arbeiterorganisationen gerichteten Heftartikel wieder einmal geschwätzt und gefälscht, daß sich die Walzen diegen. Zunächst die Fälschung. Da wird frech erzählt, die „sozialistische Gewerkschafts-Preise“ unterläge die neuen Unternehmerentschlüsse auf die Bauarbeiterelände. Und als „Beweismittel“ wird der „Grundstein“ herangezogen. Folgendermaßen wird aus dem „Grundstein“ zitiert: „...Damit wir möglichst über die Schwierigkeiten hinwegkommen und unsere Kräfte für kommende bessere Zeiten... einsetzen können.“ Aus diesem völlig aus dem Zusammenhang gerissenen Satz wird eigentlich kein Schwein klug, aber man muß doch verdächtigen und deshalb sind solche geheimnisvollen Andeutungen notwendig. In Wirklichkeit hieß der Satz in unserer Nummer vom 19. März so: „Kollegen, mehr diese in unangenehme Zeiten ab, damit wir möglichst ungeschwächt über diese schwere Zeiten hinwegkommen und unsere Kräfte für kommende bessere Zeiten nachdrücklich wieder in den Interessenkampf mit unseren Arbeitern und Unternehmern einbringen“

können! Man vergleiche diesen Satz mit dem Quatsch, der in der „Roten Fahne“ zurechtgemacht ist, und man erkennt leicht die ebenso dumme wie gewissenlose Fälschung. Frech und dreist wird weggelassen das, was wir in dem Satz durch Sperrdruck hervorgehoben haben, und das, was dem Satz vorher erläutert, überhaupt nicht erwähnt. Ein Rezept, frei nach Lenin, und es wagt nennt man „sozialistisch“.

Nun zu dem Schwindel. Frech und dreist wird das folgende Satz verbrochen: „Unter aktiver Hilfe des falsifizierten Lohnabbauapparates der reformistischen und christlichen Bauarbeiterverbände konnten die Bauarbeiterlöhne von 1923 bis 1931 auch in den Zeiten einer gewissen Hochkonjunktur und vor allem in niedriger gehalten werden.“ Daß die Bauarbeiter durch ihre gemeinshaftlichen Organisationen seit 1924 bis 1929 fast ununterbrochen von Jahr zu Jahr ihre Löhne erhöht haben, das wird von den Männern der „Roten Fahne“ frech hinweggeschwemmt. Das dürfen sie zu ihren urteillosen Schwächen nicht ergötzen. Deshalb müssen sie lügen. Und die, denen sie diesen Schwindel aufstülpen und die ihn unbedenken glauben, sind Leute, die von den Bauarbeiterkämpfen in den Jahren 1924 bis 1929 wenig oder nichts wissen, weil sie zu jener Zeit jedenfalls interesse- und organisationslos dahindämmerten. Dafür sind sie aber heute zur „Führung“ berufen; sie sollen nämlich die bevorstehenden Bauarbeiterkämpfe durch die rote Einheitsfront unter „Führung“ der KPD durchführen. So heißt das bekannte blöde Schlagwort auf einer Seite. So heißt es so, daß man in der Bauarbeiterbewegung von einer „Führung“ der KPD unter dem Banner der roten Einheitsfront absolut nichts verpönt und solche Vorstöße gegen das Baumtarnementum jedenfalls nur auf dem Wege vor sich gehen dürfen. Aber geschwindelt und gefälscht muß werden! Und mit großem Lament wird aufgefordert, daß die Bauarbeiter auf allen Bau- und Stempelstellen rüsten sollen zum „Kampfkongreß“ am 17. April. Das ist auch so ein im voraus totgeborenes Nachwerk, um das sich später kein Spatz kümmern wird. Die Hauptfrage ist, daß auf diesem „Kampfkongreß“ die Mäuler weit aufgerissen und große Löhne gebeten werden. Das genügt. Die praktische Gewerkschaftsarbeit wird gemäß dem „sozialistischen“ Gewerkschaften überlassen...

Arbeitsgericht entsprach dem Antrag des Klägers. In der Urteilsbegründung wurde ausdrücklich erklärt, daß auch im Falle eines Konkurses das Kündigungsschutzgesetz wirksam bleibt, ebenso mußte auch in diesen Fällen zur Kündigung von Schwerbeschädigten die Genehmigung der Hauptfürsorgestelle eingeholt werden.

### Aus der Sozialgesetzgebung

**Eine neue Verordnung zur Arbeitslosenversicherung.**  
Zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung ist am 21. März eine neue Verordnung herausgegeben. Die Verwaltungsausschüsse der Reichsanstalt, der Arbeits- und Landesarbeitsämter werden fast ihrer gesamten Aufgaben entledigt. Die den Verwaltungsausschüssen abgenommenen Befugnisse sind nunmehr bei der Reichsanstalt dem Vorstand und bei den Arbeits- und Landesarbeitsämtern den Vorständen übertragen worden. Der Verwaltungsausschuss der Reichsanstalt wirkt künftig nur noch bei Satzungsänderungen und Festsetzung des Gesamthaushalts der Reichsanstalt mit. Den Verwaltungsausschüssen der Arbeits- und Landesarbeitsämter ist das Gestreck- und Vorkaufsrecht bei Anstellung von Sachkräften entzogen, sie werden künftig nur noch „angehört“. Von einschneidender Bedeutung für die Versicherten ist eine Bestimmung, wonach Beiträge oder Teile von Beiträgen, die später als einen Monat nach Fälligkeit abgeführt werden, für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse nicht mehr berücksichtigt werden dürfen. Das ist für viele Versicherte eine unbillige Härte. Wenn Unternehmer ihre Arbeiter unterverpflichten oder die Beiträge zu spät abführen, so werden die Arbeiter ungeschützt mit geringeren Unterhaltungsbeiträgen bestraft. Eine Verschärfung tritt nur dann nicht ein, wenn der Versicherte während dieser Frist seinen Lohn nicht ausgeschüttet erhielt. Eine andere Bestimmung ist für die davon Betroffenen ebenfalls hart. Ist durch Nachbewilligung einer Sozialrente dieser Betrag von der weiteren Unterfütterung abzuziehen, so kann dies ohne die Zustimmung des Unterfütterungsempfängers geschehen. Eine andere bedenkliche Änderung betrifft die Entlohnung der Hofflandsarbeiter. Bisher bestimmte der Verwaltungsausschuss, in dem auch Arbeitgebervertreter saßen, nach welchem Zeitvertrag die Hofflandsarbeiter zu entlohnen waren. Das wird in Zukunft der Vorstand des zuständigen Arbeitsamts allein bestimmen. Die Höchstdauer der Unterfütterung aus der Arbeitslosenversicherung beträgt bis auf weiteres 20 Wochen, und für berufstätige Arbeitslose 16 Wochen.

### Das Schicksal der Invalidenversicherung.

Rehrach ist die Oeffentlichkeit schon auf die bedrohliche finanzielle Lage unserer Invalidenversicherung hingewiesen worden. Wenn heute dieses Thema wieder aufgeführt, so deshalb, weil die Lage immer bedrohlicher wird. Bisher im Vorjahre waren die Versicherungseinnahmen nicht mehr in der Lage, ihre Ausgaben durch die Einnahmen zu decken. Diesmal mußte auf die vorhandenen Rücklagen zurückgegriffen werden. Die Regierung hat versucht, hier helfend einzugreifen. Sie hat durch die Notverordnung vom Dezember 1931 in ganz erheblichem Maße die Leistungen dieses Versicherungszweiges abgebaut. Die Sanierung soll also auch hier auf Kosten der Versicherten geschehen. Jetzt liegen Zahlen vor, in welche katastrophalen Maße sich diese Leistungseinschränkung auswirkt. So stellt die Landesversicherungsanstalt Preußen fest, daß durch die Notverordnung mit Wirkung vom 1. Januar 1932 rund 17 500 Einzelmalverrenten und 1700 Kinderzuschüsse in Wegfall gekommen sind. Außerdem ist vom gleichen Tage ab die Gewährung von rund 10 800 Witwenrenten eingestellt worden. Wohlgerichtet handelt es sich hierbei nur um Zahlen einer einzigen Versicherungsanstalt. Man kann jedoch aus denselben erkennen, welche Auswirkung diese Leistungseinschränkung für das gesamte Reichsgebiet hat. Darüber hinaus sind noch mancherlei andere Verschlechterungen geschehen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Das Reichsinstitut rechnet die Hoffmanns mit der 4. Verordnung mit einer Erparnis von etwa 100 Millionen Mark für die gesamte Invalidenversicherung. Erwähnt sei hier, daß schätzungsweise die Ausgaben für die gesamten Renteneinnahmen 970 Millionen Mark im Jahre 1931 betragen werden. Für das Jahr 1932 rechnet man mit einer Rentenkraft von etwa 1050 Millionen Mark. Die Zahl aller Renten beträgt ungefähr 3,5 Millionen. Auch wenn man die zu erwartende Erparnis berücksichtigt, ist mit einem erheblichen Fehlbetrag zu rechnen. Dieser wird um so größer sein, je mehr die Beitragsentnahmen durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau ausfallen. So hat beispielsweise die bereits erwähnte sächsische Anstalt im Jahre 1931 eine um etwa 17 Millionen Mark geringere Beitragsentnahme als im Jahre 1930, gegenüber dem Jahre 1929 ist die Einnahme sogar um 32,2 Millionen Mark gesunken. Interessant ist ferner, daß die gleiche Anstalt durch die Zinsenkürzung, die die 4. Verordnung brachte, eine Mindereinnahme von jährlich etwa 3 bis 4 Millionen Mark hat. Auch die in früheren Jahren von anderer Seite (Reich) zuzuführenden Einnahmen sind geringer geworden oder sogar gänzlich weggefallen. So konnten im Vorjahre aus Lohnsteuerzuschüssen der Invalidenversicherung keine Mittel zugeführt werden. Die aus Vollenziehungen der Invalidenversicherung überwiesenen Mittel sind im Jahre 1931 von 20 Millionen Mark auf 8 Millionen Mark herabgesetzt worden. Der Vorschlag der Versicherungsanstalt Württemberg für das Jahr 1932 schließt mit einer Ausgabe von 49,5 Millionen Mark ab. Für Beitragsentnahmen sind 33,4 Millionen Mark eingelegt. Auch wenn diese Einnahme wirklich erreicht wird und wenn man die zu erwartenden Reichsbeiträge berücksicht...

### Arbeitslosigkeit in Deutschen Bauwerkverbänden.

Jestellungsergebnis vom 14. März 1932.

Bezirksverband	Beschäftigte Bau- und Handwerker	Mitgliedern Zahl im Bau- und Handwerkerstand	Arbeitslose		Die Woche vorher	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Königsberg	7	13 749	13 185	95,9	95,9	
Danzig	1	3 289	2 921	88,8	88,8	
Stettin	61	14 090	12 677	90,0	89,3	
Breslau	39	34 414	31 320	91,0	92,2	
Berlin	60	45 363	38 689	85,3	86,6	
Magdeburg	42	23 604	20 567	87,1	87,6	
Essfurt	17	17 262	16 087	93,2	94,1	
Frankfurt	17	29 037	26 516	91,3	91,7	
Hannover	12	14 473	13 465	93,0	93,1	
Köln	13	14 638	13 582	92,6	93,0	
München	31	23 066	22 066	95,7	99,0	
Wien	13	12 133	11 660	95,8	98,0	
Hamburg	45	27 272	23 681	86,8	86,4	
Hofstadt	60	8 000	7 075	88,4	87,9	
Dresden	31	54 582	49 483	90,7	90,9	
Münster	29	15 009	13 998	93,3	93,6	
München	27	10 256	9 768	95,2	92,9	
Stuttgart	14	8 152	7 730	94,8	94,8	
Karlsruhe	10	12 100	11 100	91,7	92,4	
Zusammen	572	384 458	346 550	90,14	—	
Vorige Woche	572	385 411	348 760	—	90,48	

### Streiks u. Lohnbewegungen

**Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter:** Sperrt sind die Arbeiter des Unternehmers Schnauer, Niederbühlau (Lübeck), Bauhilfe Osthof Wilschütz bei Raminfeld wegen unerschämten Lohnabwärtens, und die Arbeiter der Firma Weierich in Norden wegen Tarifbruchs.

**Töpfer:** Gelpert sind in Crimmitschau die Firma Seiginger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Feingehäufte Gussbau Neumann, Gussbau Schmidt und Wölme.

**Kemel:** Die Maurer streiken im Umwehrestreit. Kein Bauarbeiter darf nach Kemel gehen!

**Oesterreich:** Mit dem Verband österreichischer Bauunternehmungen sind am 25. März neue Vereinbarungen in Kraft getreten. Die Bauarbeiter hatten auf dem Verhandlungswege 5 % Lohnabbau zugestanden. — Anders liegt es beim Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Hier verlangen die Unternehmer 10 % Lohnkürzung und eine Reihe sonstiger Verschlechterungen. Darauf geht die Oesterreichische Bauwerkerschaft natürlich nicht ein. Ueber eine Anzahl Baustellen hat sie bereits die Sperr verhängt.

### Aus dem Arbeitsrecht

**Aus dem Schwerbeschädigtenrecht.**  
Es ist vielfach — selbst bei Rechtsanwänden in der Eigenart als Konkursverwalter — die irrige Meinung vorherrschend, daß die vorgesehenen Kündigung- und Schwerbeschädigtenbeschimmungen keine Anwendung finden, wenn es sich um das Vorliegen von Konkursen handelt. Wie wir vom Präsidenten des Reichsverbandes Deutscher Kriegesbeschädigter und Kriegesinterlebenserer erfahren, hatte eine in Konkurs geratene Firma einem Techniker unter Aufzeichnung der gesetzlichen Kündigungsschutzbestimmungen gekündigt. Dieser wandte sich unter Berufung auf seine Schwerbeschädigtenbeschimmungen an das Arbeitsgericht. Der Kläger beantragte Feststellung, daß die Kündigung erst zum 31. März d. J. wirksam werden könne. Der Konkursverwalter wendete ein, daß die Konkursordnung in Frage komme und der Angefallenen sowie dem Schwerbeschädigtenbeschütz davor zurückzuführen müßten. Das

sichtig, verbleibt ein Fehlbetrag von rund 13 Millionen Mark. Dieser kann nur durch Inanspruchnahme der Rücklage gedeckt werden. Ähnlich — wenn nicht noch schlimmer — liegen die Verhältnisse bei den übrigen Landesversicherungsanstalten. Wie ist diesen Mängeln nun abzuhelfen? Zuerst denkt man an eine Flüssigmachung der Rücklagen. Dies ist jedoch technisch nicht gut möglich, da es sich hier um festangelegte Gelder handelt, die nicht von heute auf morgen zur Verfügung stehen. Wertpapiere, Pfandbriefe usw. sind darüber hinaus heute nur schwer und nur unter großen Verlusten abzuziehen. Darüber hinaus erhebt sich auch unpraktisch, schon dann auf die Rücklagen zurückzugreifen, solange noch die geringste Möglichkeit besteht, anderweit die Fehlbeträge zu decken. Eine Erhöhung der Beiträge kann heute den ohnehin fast immer im Lohn gedrückten Versicherten nicht zugemutet werden. Ein weiterer Leistungsabbau ist ebenfalls undurchführbar. (Dieser würde auch nur die Invalidenversicherung entlasten, um auf der anderen Seite die öffentliche Fürsorge wieder zu belasten.) Es bleibt nur ein Weg offen: Das Reich muß mit erhöhten und besonderen Zuschüssen die Invalidenversicherung retten. Viele Meinungen wird neuerdings immer mehr vertreten. In der „Volkskämmligen Zeitschrift“ für die gesamte Sozialversicherung“ löst sich ein Artikel über dieses Thema mit den Worten: „Die Reichsregierung, die die Sozialversicherung der Renten vorzunehmen hat und dafür seit kurzer Zeit nicht unerheblich bezahlt werden muß, verlangt hierfür allmonatlich Zuschüsse. In letzter Zeit ist es vorgekommen, daß einzelne Landesversicherungsanstalten ihre Postvorschüsse nicht rechtzeitig zahlen konnten. Sollte nun die Postverwaltung dazu übergehen, die Auszahlung der Renten von dem rechtzeitigen Eingehen der Postvorschüsse abhängig zu machen, so könnte der Fall eintreten, daß ein es Tages die Invaliden in Witwen und Waisen keine Rente erhalten. Einmal Daratige darf unter keinen Umständen geschehen. Um aber darüber hinaus zu verhindern, daß im Wege der Rentenkürzungen die Invalidenversicherung launisch wird, muß verlangt werden, daß das Reich auf dem schnellsten Wege Hilfe bringt. Das ist seine vornehmste und wichtigste Pflicht.“

### Aus den Bauwerkerschaften

Stettin. Am 1. April ist unser wohnortlicher, langjähriger Haushalterer Emil Witt in den Ruhestand getreten. Sein Amt hat er stets gewissenhaft und zur vollen Zufriedenheit aller Mitglieder ausgeübt. Der Vorstand und die Mitgliederversammlung der Bauwerkerschaft Stettin wünschen unserm alten Emil, dem „Verbandskretz“, einen sonnigen Lebensabend!

Zeitz. Seit Jahren versucht der von uns ausgeschlossene Maurer Hans Fragner die Bauarbeiter unseres Bezirks der KPD zuzuführen. Zunächst wurde in der Zahlstelle Leuchtern dieser Versuch unternommen. Dabei war der damalige Obmann der Zahlstelle, Max Krebs, williger Helfer Fragners. Auch auf die Zahlstelle Zeitz hat er abgesehen. Hier widmete ein gewisser Haupt seine Kraft der KPD. Natürlich hatten sich die beiden auch einen „Club“ von Anhängern verschafft. Man wollte gar zu gern beide Zahlstellen „geschloffen“ der KPD zuführen. Krebs lud in Leuchtern zu Versammlungen ein, in denen der ausgeschlossene Fragner als Referent angekündigt wurde. Aber der Vorstand der Bauwerkerschaft erhielt von diesem zersetzenden Lärm Kenntnis, was in der Verammlung und bei dieser Gelegenheit auszufragen drohte, wurde durch den damaligen Obmann der KPD, wurden ausgeschloffen. Wenige Wochen später wurde das gleiche Manöver in Zeitz versucht. Natürlich wurden alle diese Schlingel ausgeschloffen, vereinzelt gingen Bauarbeiter mit ihnen, wurden sie doch dadurch das ihnen so lästige Beitragszahlen los. Seit Entlassung jener Schlingel aus der Organisation ist wieder ein ordnungsmäßiges Versammlungsleben in Leuchtern und Zeitz möglich. Die Haupt und Krebs verließen allerdings immer noch, ihre verlorene Position zu halten. Aber das muß ihnen nichts. Diese auf die Verführung der Organisation abzielenden Organisationsgebilde werden, da das Schicksal des ausgesprochenen Verbandes teilen. Festgesetzt ist jedoch, mit welchen Mitteln diese Herrschaften arbeiten. Da ist der Maurer Otto Seifert in Krauschwitz bei Leuchtern. Nach seinen eigenen Angaben gehört er der KPD, seit deren „Gründung“ an. Der Kassierer der KPD, Hesse, hat geraten, daß der nunmehr ausgeschlossene Seifert den Auftrag hatte, im Baugewerksbunde zu bleiben und sich so zu verhalten, daß man ihn nicht ausschließen könne. Seifert war seit die Angliederung der Bauwerkerschaft Leuchtern an Zeitz auf unsern Parteitag in Zeitz, wurde der Zahlstelle Leuchtern. Als KPD-Mann bemängelte er selbstverständlich immer die Tätigkeit der Organisation und ihrer Führer. Schließlich ging er in dieser Richtung zu den schamlosesten Verleumdungen und Beleidigungen über. Im Januar erklärte er in Leuchtern, die Führer der Arbeitererschaft, die für die Notverordnungen gestimmt hätten, seien die größten Halunken; an die Ausführungen unseres Bezirksleiters Koch könnten nur Idioten glauben. So wurde der Mann ausgeschloffen. Seifert ist aber auch Vorführer der Ortskrankenkasse des Landkreises Weitzsche. Die letzten Wahlen zum Kassierenvorstand ergaben für die Verführer drei Vorstandsmitglieder, die der KPD, und drei, die der SPD, angehören. Um den Vorfall nicht einem Unfahnen auszuliefern, wurde vereinbart, der Vorfall solle während der Geschäftsdauer des neugewählten Vorstandes von beiden Parteien getilgt werden. Durch So wurde entschieden, daß ein KPD-Mitglied für die erste Hälfte und ein SPD-Mitglied für die zweite Hälfte der Geschäftsbauer als Vorführer fungieren solle. Seifert wurde Vorführer. Als seine Zeit abgelaufen war und er seinen Vorfall an einen SPD-Mann übergeben sollte, erklärte er, er denke nicht daran, er löse den Anweisungen seiner Partei. Das kennzeichnet den Charakter des Seifert zur Genüge. Selbstverständlich benutzte dieser Mann auch heute noch jede Gelegenheit, um unsere Mitglieder in der gemeinsten Weise anzuekeln und zu beleidigen. In neuerer Zeit verkehrte er infim mit den Nazis. Dies dürfte seine Einstellung noch in besonderer Weise bezeugen. Jedenfalls haben unsere Mitglieder alle Verantwortung dieser Sorte von Arbeiterverführern scharf auf die Finger zu legen und ihnen überall so entgegenzutreten, wie solche Schlingel verdienen. Unsere Mitglieder werden klar zu denken gewohnt sein, werden sich durch solche Manöver nicht belesen lassen und den Zersetzern der Gewerkschaftseinheit jeberzeit die Stir zu weisen wissen!

**Zweiter Gang zur Reichspräsidentenwahl!**  
**Die Entscheidung naht! Jetzt gilt es!**  
**Schlagt Hitler, diesen Stromhamer**  
**finsternen Reaktion, des abspaltitischen**  
**Staatsfreichs und der brutalen Volks-**  
**entrechtung!**  
**Wählt Hindenburg!**  
**Keiner bleibe der Wahl fern!**



# Unterhaltung und Wissen



## Zu Wilhelm Buschs hundertstem Geburtstag.

Am 15. April 1832 wurde in Wiedensaal im Hannoverschen ein Mann geboren, der als Deutschlands größter Humorist bezeichnet werden kann. Millionen haben sich an seinen Reimen ergötzt, Millionen zitieren ihn, ohne seine Werke zu kennen. Kaum einen gibt es, der so in Fleiß und Blut der deutschen Sprache übergegangen ist wie Wilhelm Busch. Er war eng mit dem Volke verwachsen, holte seine Motive aus ihm, keck und lustig. Was er uns gab, ist wirklicher Humor; keiner von jenem, der Posse, Ironie, Witz oder Satire ist, sondern reine, unverfälschte gute Laune spricht aus allen seinen Werken. Was ist Humor? Humor ist die Kundgebung eines gesunden Menschen, der ohne Ironie und Verhöhnung spottet mit dem Endziel, zu verbessern. Er macht sich über seine Mitmenschen lustig, aber er tut's als Mitleid, ohne zu beleidigen. Wer häßlich, neidisch ist, kann niemals humorvoll sein, höchstens witzig und satirisch. Mit unseren modernen Humoristen geht es uns oft wie mit der Gewinnung von Rosenöl. Tausend Rosen ergeben noch nicht einen Tropfen Öl. Oft muß man bei unseren heutigen Humoristen tausend Seiten lesen, um auf wirklichen Humor zu stoßen. Lessing sagt in seiner Dramaturgie, nachdem er Humor vergeblich mit guter Laune überleitet hat: „Humor und Laune sind sehr verschiedene Dinge; Laune kann zu Humor werden, aber Humor ist außer diesem einzigen Fall nie Laune.“

Man hat Humor schon oft mit Witz überleitet; nichts falscher als das. Witz entspringt als besondere Gabe dem Verstand, er setzt Schlagfertigkeit und geschliffenen Wortlaut voraus. Humor wächst aus der breiten Behaglichkeit, aus dem Gemütsleben, er entwickelt sich nicht verlegend, selbst dann nicht, wenn er spöttlich ist. Humor geht in Fleiß und Blut über, er erwidert uns, während der Witz nur auf die Lausmuskeln schlägt, ohne aber auf das Gemüt irgendwo zu wirken. Der echte, tiefe Humor blinzt so leise wie die Sonne in der Träne; er lacht und weint zugleich oder, besser gesagt, lächelt aus Weinen heraus.

Aber nun zurück zu Wilhelm Busch. Wie ein sprudelnder Quell spendet er uns Gaben prächtigen Humors. Er fing eigentlich schon 1855 als Mitarbeiter der „Fliegenden Blätter“ an, sein Talent zu zeigen. Welcher Weltanschauung Busch war, beweist am besten ein kleines Gedicht, das er 1859 in den „Fliegenden Blättern“ veröffentlichte:

„Es ist ein Vogel auf dem Seim,  
Er flackert sehr und kann nicht heim.  
Ein schwarzer Kater schleicht herzu  
Und Krallen scharf und Augen glüh'.  
„Geh hinauf und immer höher,  
Denn er dem Vogel nah und näher.  
Der Vogel denkt: Weil das so ist  
Und weil mich doch der Kater frisst,  
So will ich keine Zeit verlieren,  
Ei will ich ein wenig quackelieren  
Und lustig pfeifen wie zuvor.“  
Der Vogel, scheint mir, hat Humor!“

Busch lacht nicht nach Motiven, sie liegen für ihn auf der Waise. Sein unwillkürliches Zittern, das lustig blinzelt, erinnert stark an E. F. Hoffmann. Er fand für alle Begebenheiten des Lebens die karikatüristischen Formen. Er führte diese Formen so rücksichtslos durch, daß sie vorbildlich für alle Welt wurden. Seine Zeichnungen und seine Verse fragen den Stempel des Originellen. Die Franzosen verehren in ihm den König der Karikatur.

Busch hat den Zahnschmerz, das Einschlafen bei Tisch, den Sonntagsstreiter, die prüde Gouvernante, den Froch und den Elefanten, das Publikum und die Obrigkeit verlacht. Mit ruhiger Gelassenheit schildert er die „böse Welt“ ganz ohne Arg. Selbst in seinen kleinsten Gedichten streut er mit vollen Händen Lebensweisheiten aus, immer mit dem Endzweck, bestimmte Vorgänge harmlos zu schildern. Und wie schön versteht er, eine Philosophie ganz eigener Art zu formen; zwei Beispiele hierfür:

„Das Gute, dieser Sach steht fest,  
Ist stets das Böse, was man läßt.“

oder:  
„Enthaltsamkeit ist das Vergnügen  
an Sachen, welche wir nicht kriegen.“

oder ein anderer Kernspruch: „Die Welt ist wie ein Drel. Zieht man den Löffel heraus, gleich — und wär's der größte — klappt die Geschichte wieder zusammen, als wenn nichts passiert wäre.“

Man nennt Busch nicht mit Unrecht den Weisen. Seine Sprache — es sind Tausende — sind Ergebnisse einer gereiften Anschauung. Er bringt alles Zufällige auf eine reißende Formel und gibt das in scharf karikatüristischen Linien wieder. Dabei müssen wir feststellen, daß er an seinen Reimen, die so leicht und gefällig wirken, unendlich verbessert und gefeilt hat. Irrendwo habe ich gelesen, daß er an zwei Stellen Tage und Wochen arbeitete, um den richtigen Klang zu erfassen. Seine Verse haben zum Teil hohe dichterische Werte und große sprachliche Zedn. Mit welcher verblüffenden Deutlichkeit schildert er gewisse Vorgänge! Als Beispiel dafür folgende Verse:

„Hier ströht die Wade voller Saft,  
Da hängt die Hand, gefüllt mit Kraft.  
Die Kraft, infolge der Erregung,  
Verwandelt sich in Schwungbewegung;  
Bewegung, die in schneller Miße  
Zur Wade elf, wird hier zur Fiße.  
Die Fiße aber durch Entzündung  
Der Nerven brennt als Schmerzempfindung  
Nis in den steifsten Seelenkern.  
Und dies Gefühl hat keiner gern.  
Ohseige heißt man diese Handlung;  
Der Fortscher nennt es Kraftverwandlung.“

## Seid bereit!

Schön ist das Leben,  
Wenn es umschweben  
Heitere Tage,  
Wenn keine Plage  
Die Herzen drückt  
Und jeder entzückt  
Jeden Morgen begrüßt!  
Weit schwerer ist  
Das menschliche Leben,  
Wenn Stürme erbeben  
Und Not es durchschüttelt  
Und Haß daran rüttelt.  
Dann heißt es, zu bauen  
Auf das eigene Vertrauen!  
Nicht Nackenbeugung,  
Nein, Ueberzeugung  
Und Zukunftsvertrauen,  
Den niemand kann rauben,  
Und reines Empfinden  
Hilft dann überwinden  
Die schwere Zeit!  
Drum seid bereit,  
Tapfer zu kämpfen,  
Das Unrecht zu dämpfen,  
Die Not zu bezwingen,  
Euer Recht zu erringen!  
Dann schreitet ihr, ob auch Eisen bricht,  
Durch Nacht zum Licht!

Taets.

Und erst das Jahnweh:

„Das Jahnweh, subjektiv genommen,  
Ist ohne Zweifel unwillkommen;  
Doch hat's die gute Eigenschaft,  
Daß sich dabei die Lebenskraft,  
Die man nach außen oft verschwendet,  
Auf einen Punkt nach innen wendet  
Und hier energisch konzentriert.  
Kann man das erste Stich verspürt,  
Kann nicht man das bekannte Bohren,  
Das Ruckeln, Zucken und Rumoren,  
Und aus ihm's mit der Weisheitsdichtel  
Vergessen sind die Fürsterrichte,  
Die Steuern und das Einmaleins,  
Kurz, jede Form gewohnter Seins.  
Was sonst recht erdichtend und wichtig,  
Wird plötzlich wertlos und nichtig.  
Ja, selbst die alte Liebe rottet,  
Man weiß nicht, was die Butter kostet.  
Denn einzig in der engen Höhle  
Des Dackenzahnes weilt die Seele,  
Und unter Loben und Gedraus  
Reißt der Entschluß: Er muß heraus!“

Geradezu auffallen sind sein reiches Wortschätz und seine Bilderprache. Drollige Worte hat er uns gegeben: „Nacktergeiß“, „Innerer Durchgangsverkehr“, „Halterpöster“, „klaks“, „ratif“, „bratig“, „Knabbs“, „krads“, „auffch“, „schlupp“, „schmarang“, „rabatsch“, „schnabberat“, „schluppdimusch“ usw. bis ins Endlose. Dann die reiche Bilderprache:

„Knop ist etwas schwach im Schenkel,  
Darum führt man ihn am Henkel.“  
oder:  
„Aengstlich, schnelle, laut und helle  
Schwingt sie in der Sand die Schelle.“  
ähnlich:  
„Niße, raße, voller Lücke  
in die Brücke eine Lücke.“  
„Niße, raße, rade, rade,  
geht die Niße mit Beknade.“

Oroß ist Wilhelm Busch, wenn es gilt, Schabernacke zu erfinden. Zöcherreihen, Striemenbauern, Krachen, Schimpfen versteht er meisterlich. Er treibt Kaffeemöhlen in die Süßfläße, vor Erstickung läßt er den Salat aus den Ohren fließen, läßt Leute von einer Mühle zermahlen, an Spindeln entrollen, verbrennen, erfrischen, ertrinken, in eisernen Rechen fliegen. Nadel, Seile, spitze Pflöde, das sind so seine Waffen.

Wer seine Zuden- und Mittelgeschichten nachliest, ist immer wieder erfreut über die tiefen Weisheiten:

„Gott Prinzip ist überhaup:  
Was beliebt, ist auch erlaubt;  
Denn der Mensch als Kreatur  
Hat von Rücksicht keine Spur.“

Mit monnigem Behagen zeigt er die schwachen Seiten der sogenannten bürgerlichen Erziehung; überhaupt hat er das bürgerliche Familienleben wunderbar dargelegt in seiner „Frommen Helene“, in „Familie Knopp“ und in „Julchen“. Man hat ihn wegen seiner Stellung zur Religion einen Religionsgegner genannt. Katholische Handbücher der Geschichte nennen ihn sogar einen Religionschänder; man beruft sich auf seinen „Pater Filizius“ und auf die „Fromme Helene“ als Beweise. Erchalsleben war Busch ein kirchlicher Mann, wenn er auch im „Heiligen Antonius“ sagt: „Gefegnet sind die Frommen, ihnen  
Nutz jedes Ding zum besten dienen.“

In einer anderen Stelle will ein kleines Schmeindchen in den Himmel, da läßt er Petrus folgende wichtigen Worte sprechen:

„Willkommen, gehe ein in Frieden!  
Hier wird kein Freund zum Freund geschieden.  
Es kommt so manches Schaf herein,  
Warum nicht mal ein frommes Schwein.  
Es grunzt das Schwein, die Engeln sangen,  
Da sind sie beide hineingegangen.“

Das hat man Busch sehr abgenommen. Aber seine Stellung zur Religion war: Religiöse Fragen sollen wie Liebesangelegenheiten nicht öffentlich diskutiert werden. W o g e n e r r ü c k s i c h t l o s a n k ä m p f e , w a r d a s F a l l i c h e , d a s h e u t e r i c h e i n d e r R e l l i g i o n .

Tom Standpunkt des deutschen Gewerkschafters aus erscheint uns Busch natürlich in vielen Dingen rücksichtslos, aber seine große Kunst hilft uns immer wieder darüber hinweg. Das ist eben das Geheimnis geborener Künstler, daß sie uns immer wieder mitreisen. Auf das politische Gebiet ist Busch nur mit seinem „Pater Filizius“ gegangen. Diese Figur ist allerdings aus der Zeit des Kulturkampfes zu verstehen; man muß sich bei dieser Schöpfung an die Zeit der Hochflut des Liberalismus erinnern, um den Schlüssel dazu zu finden.

Busch ist hauptsächlich ein d e u t s c h e r D i c h t e r . Die allermeisten seiner Dichtungen lassen sich dem Ausland kaum verständlich machen. Nur wie die deutsche Art, die Schwermütigkeit des deutschen Philosophen kennt, versteht Buschs Satire. Deshalb wird Wilhelm Busch wohl nur in d e u t s c h e n l a n d populär bleiben. In dieser geographisch-ethnologischen Beschränktheit liegt die tiefe, lokale Intensität seiner Werke. Zum Schluß noch ein sozial angehauchtes Gedicht von ihm:

„Was fällt da im Böhsegestrauch  
Dem Fremden Hund ein?  
Doch man vorbei, so bellt er gleich  
Und scheint wie toll zu sein.  
Der Gärtner host die Flinte her,  
Es knallt im Augenblick.  
Der arme Hund, getroffen schwer,  
Wankt ins Gebüsch zurück.  
Vier kleine Hündchen liegen hier  
Nackt, blind und unbewußt,  
Sie saugen emsig alle vier  
An einer toten Brust.“

## Ein Streik mit vollem Erfolg.

Zu Anfang dieses Jahrhunderts kauften wir in einem größeren Industrieort des Pfälzischen Grundes eine Schule. Da es bereits November war und zu Anfang Januar die Schule dem Unterricht übergeben werden sollte, blieb nicht mehr viel Zeit übrig. Unser Krauter war ein Schachmatt, er hatte etwas von einem Tagesverkehr gegangen und so erzwangte uns kurz nach der Mittagspause der Polier, der allerdings selber leidenschaftlicher Raucher war, daß fortan alles Rauchen am Bau verboten sei, bei Strafe sofortiger Entlassung.

Unser Bauvertrauensmann sagte dazu kein Wort, er sammelte von jedem Kollegen 25 ein und ging zum Bauvertrauensmann. Wohlbegehrte mit Zigarren kam er bald darauf wieder und jeder am Bau Beschäftigte mußte rauchen, selbst die Nichtraucher wurden dazu veranlaßt.

Der ganze Bau quakelte. Aber die Freude dauerte nicht lange, im 2. Uhr waren wir sämtlich entlassen. Damit war der Streik perfekt. Wir stellten unsere Streikposten aus und machten pflichtgemäß der Organisation den Streik Mitteilung.

Abends kurz vor 6 Uhr — solange wurde damals gearbeitet — kam der Gemeindevorsteher auf den Bau, um zu sehen, wie weit die Arbeit gediehen sei.

Dabei traf er unseren Bauvertrauensmann und wunderte sich darüber, daß heute so zeitig mit der Arbeit Schluß gemacht worden sei. Unser Bauvertrauensmann sagte ihm, daß seit 2 Uhr überhaupt nicht gearbeitet werde, was den Gemeindevorsteher veranlaßte, sofort an die Bauvertrauensleute zu gehen und den Meister anzufassen. Es dauerte auch gar nicht allzu lange, dann wurde verhandelt.

Nach einigem Ersträuben erklärte sich unser Krauter bereit, das Rauchen am Bau wieder zu gestatten. Aber damit allein waren wir nicht zufrieden. Wir verlangten für veräußerte 4 Stunden Arbeitszeit entsprechenden Ersatz. Aber das wollte der Krauter nicht bezahlen. Die Folge war, daß weiter gestreikt wurde.

Nach einem weiteren Tage Streik kapitulierten unser Bauvertrauensmann; er hatte nunmehr den „Wortell“, anstatt 4 Stunden jedem einen Tag und 4 Stunden Schnvergütung zu betappen. Schwere Herzens mußte er sich dazu verstehen.

In der Zukunft aber haben wir unseren Krauter nur noch selten auf dem Bau zu sehen bekommen. Es hatte ihn sehr verschümpft, daß er unsere „Faulenzerei“ noch extra bezahlen mußte.

Rudr Alder, Dresden.

## Helmwärts im Zuge.

Ich stehe im Zuge und mir gegenüber steht ein Arbeiter, der von der Arbeit kommt. Er sitzt am Fenster und blinzelt linnend in den Abend hinaus. Woran mag er wohl denken?

Denkt er an die Arbeit? Denkt er an Weib und an Kind? Oder an Freunde? Oder an etwas, das er nachher dabei tun zu erledigen hat?

Ein etwas denkt er gewiß. Man merkt es. Doch dazu lebt noch etwas in seinem Blick. Etwas Philosophisches ist da in seinem Sinnen. Er hat Felerstunden. Er ist fahrenden Zuge. Mitten im bunten Getriebe. Im fahrenden Zuge. Mitten zwischen plaudernden Menschen.

Aber wie soll ich ihm den Blick nicht alle schon oft gesehen? Waren wir selber nicht alle schon einmal solche Philosophen?

Jeder hat auch solche stillen Stunden, in denen er sinn und doch nicht sinn. Solches Verunsinnsein in dem Unbewußten, dessen Bedeutung für das Bewußte wir jetzt durch die Forschung kennen.

Dann drängt da mitten ins nüchtere Wirklichkeitsleben so etwas Felerliches aus der Tiefe herauf. Und ein Schen lebt in uns. Solch ein feines und tiefes Schen. Wonach? Nach uns selbst! Nach dem Menschlichen. Nach dem Felerlich-Menschlichen.

# Politische Zeitnotizen

**Zur Reichspräsidentenwahl am 10. April.** Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben einen gemeinsamen Aufruf erlassen, in dem zu reger Wahlbeteiligung an der entscheidenden Reichspräsidentenwahl am 10. April aufgefordert wird. „Wer sich bei dieser Wahl der Stimme enthält — so heißt es in dem Aufruf — ist fahrlässig. Wer leht noch seine Stimme zurück, ist ein politischer Narr. Wer für Stiller Stimme schmeichelt sich und allen Arbeitern und Angestellten neue Ketten. Jede Stimme für Hindenburg ist ein harter Schlag gegen die Freunde der Freiheit der Arbeiterklasse! Mäße dieser Aufruf volle Beachtung finden!

**Auch Hamburg wählt seine Volksvertretung.** Die Zahl der Wähler, in denen die Parlamente am 24. April neu gewählt werden, hat sich vermehrt. Die Hamburger Bürgererschaft hat nach kurzer Lebensdauer ihre Auflösung beschlossen. Ermutigt durch das im ganzen Reich beobachtete Anwachsen der Nazistimmen, hatte die Nazifraktion wiederholt die Auflösung beantragt. Sie hoffte, verfräkt zurückzukehren. Die Kommunisten blieben in dasselbe Horn, da auch sie zu profitieren glaubten. Die Reichspräsidentenwahl vom 13. März ergab aber große Verluste für diese hoffnungsreichen Brüder. Das veranlaßte alle übrigen Parteien, den Auflösungsanträge zuzustimmen. Hierbei war die seltene Erscheinung zu beobachten, daß alle Parteien für denselben Antrag stimmten. Wenn die Störenfriede mit Verlusten, die zu erwarten sind, in die neue Bürgerchaft einziehen, dann werden sie einsehen, daß auch ihre Wärme nicht in den Himmel wäschen.

**Der Abfallkammer in der deutschen Politik.** Hugenberg hatte bei seiner Wahl zum Vorkämpfer der deutschen nationalen Volkspartei ein ständiges Erbe übernommen. Jahrelang war sie die zweitgrößte Partei Deutschlands. Dieses Erbe hat der ewig intrigierende und ränkeplumende Hugenberg schmächtig veran. Sein grenzenloser Haß gegen die sozialistische Arbeiterbewegung hat diesen Mann gelendet und zum Hahndrucker mit seiner eigenen Partei gemacht. Er hat seine Parteianhänger bewußt einem ungezügelt und wilden Nationalradikalismus in die Fänge getrieben. Seine sture Saßpolitik hat die Nazipartei bis zum Zerplatzen gemästet und seiner eigenen Partei die Schwindlust gebracht. Einst als gefährlicher Politiker — der Arbeiter — der Karte letzte gefährdet, ist er jetzt zu einer fragwürdigen Figur in der deutschen Politik geworden. Vom Diktator einer mächtigen Partei ist er auf das Niveau des politischen Abfallkammers gesunken. Bei der Reichspräsidentenwahl glaubte er als „Bärglein an der Waage“ noch einen Happen Macht zu gewinnen, doch auch diese Spekulation schlug fehl; ihm sind überhaupt alle politischen Spekulationen — seinem bürgerlichen Leben entsprechend betrachtete er auch die Politik nur als Spekulationsfeld — danebengegangen. Das Abfallkammer scheint noch das einzige Liebesleibsel der politischen Führer Hugenberg zu sein. Zu der bevorstehenden Präsidentschaft tritt er mit einem Vorschlag zur Anwendung der „Rechtsprinzipien“ auf den Plan. Die freien Wähler will er Jugent von seiner parteipolitischen Unbegreiflichkeit ablegen, was ihm jedoch nicht hindert, den Vorteil aus seinen Vorschlägen für sich zu beanspruchen. Der Vorschlag ist an die kleinen bürgerlichen Parteien gerichtet, die kaum ihre Reststimmen selbst verwerten können. Hugenberg will nur diese Reststimmen auf der Landessliste seiner Partei sammeln. Die so zur N.A.W. Würde gelangenden Kandidaten sollen als Spitzenkandidat der deutschen nationalen Volkspartei Hugenberg politischen Zwecken dienbar gemacht werden; hierin liegt für ihn das Geschickliche. Er hat für das Verbalten dieses Fraktionszwangsbeschlusses der Programmkomitee entworfen. In diesen verlangt er entscheidenden Nationalismus, Kampf gegen jede Sorte Sozialismus und Bildung von antikomunistischen Regierungen in Preußen und im Reich. Der Plan ist gar nicht so dumm, denn nach dem Scheitern des Versuches, die gemäßigten Rechtsparteien zu einem Block zusammenzubringen, liegt hierin noch die einzige Möglichkeit zu einem — wenn auch geringen — Machtzuwachs für Hugenberg's Politik. Der Mann steht in jeder Situation noch einen Vorteil für sich, er entwickelt dabei eine Geschicklichkeit und Schlaueit, um die ihn mancher vielgeschmähte Jude beneiden könnte. Ihm gehts wie der Käse, die fällt auch immer wieder auf die Füße.

**Die Auch-Arbeiterpartei der Nazis.** Die Nazikandidaten für die Preußenwahlen bestehen aus einem bunten Konglomerat von allerhand Interessenten. Räum 160 Namen weisen die von Adolf Hitler aufgestellten Kandidatenlisten auf. Nach der Berufsbezeichnung sind davon 24 aktive Beamte, darunter ein Landgerichtsrat und Richter der Republik, 2 Pastoren, 14 pensionierte Beamte, darunter zehn ehemalige hohe Offiziere. Diese „Arbeiter“ kommen ebenfalls mit ihrer Pension nicht aus, sie sind auf die Liste gesetzt, um ihre Einkommen durch Landtagsdiäten und Freischarten zu vergrößern. So kommen rund 25 % dieser Anwärter aus der aktiven oder pensionierten Beamtenschaft. Neben dem General Ligmann steht man auf der Liste auch den wegen Mordes zum Tode verurteilten und von der Republik begnadigten Oberrentenrat Schulz. Auf der Liste dieser Auch-Arbeiter findet man aber auch viele Rittergutsbesitzer. Auf dieser besonderen Liste geht es herab bis zum Bauern. So befinden sich 38 Vertreter — also wiederum etwa 25 % — der Landwirtschaft auf der Liste. Etwa 17 % der Kandidaten sind Handwerksmeister oder mittelfränkischer Kaufleute, 14mal findet man bürgerliche freie Berufe verzeichnet, 1mal ausgeprobenes „Bongen“. Auch ein Fabrikant steht auf der Liste, vorstelligerweise gibt er als Beruf „Betriebsrat“ an. Die Spitzenkandidaten sind besonders vornehm. In Magdeburg ist es Oesfel von Kalden in Wienau. Hochadliges Kaiserl. Arbeiter? Solche stehen auch auf der Liste. Wenigstens nach der Berufsbezeichnung sind sie Arbeiter. Aber wo so stehen sie auf der Liste? Zwei von 20 „Arbeiter“ hat man als Konzeptionsbeamten die zweite Stelle geteilt. Die übrigen sind sämtlich weißes vom Schulz. So sind in Magdeburg die beiden letzten ein Schlosser und ein Arbeiter, in Weiskalen 2 Schlosser. Erst haben die „besseren“ Herren das Recht abzuschnüpfen, dann kommen die Proleten. Nicht unerwähnt bleibe, daß auch Graf Wolf Helldorf eine sichere Kandidatur für Berlin und Potsdam innehat. Der Mann nennt sich Landwirt in Berlin. Seine Landwirt-

schaft liegt jedenfalls in der Hedemannstraße zu Berlin, wo die SA-Leute ihr Hauptlager aufgeschlagen haben. Aber so etwas nennt sich eben „Arbeiterpartei“! Hinzu kommt noch, daß bei der Aufstellung dieser Liste keiner mitbringen hatte. Der Nazi Wilhelm Kube hat sie gemeinsam mit Prinzen, Grafen und Baronen aufgestellt und Adolf Hitler hat sie höchstbillig genehmigt. Arbeiter, begreift ihr endlich, wie auch diese „Arbeiterpartei“ am Narrenseil zu führen bemäht ist?

**Starbberg pleidet.** Der österreichische Faschistenführer, Fürst Starbberg, steht vor dem Konkurs. Starbberg hat jahrelang als Führer der Heimwehrschichten, Hahnschwanzler genannt, eine ähnliche Rolle gespielt, wie Hitler in Deutschland. Er hat versucht, legal zur Macht zu kommen, was ihm mit dem Erfolg gelang, daß ihm ein Teil seiner Anhänger weglief, und auch, wie es gescheh, für einen Bürgerkriegsverderber gezeilt, einigemal gelegener Familie und vor allem schicksalhaftem Schloßbesitzer. Das Millionenvermögen seiner Ehefrau und große Investitionen österreichischer Industriearbeiter hat bei seiner Revolutionspleiderei verlor. Zudem drückt ihn eine Schuldenlast von 2,5 Millionen Mark in Weiskalen, die er nicht einlösen kann. Interessant ist, wen er dieses Geld schuldet. Als Judenretter schenkt er sich nicht, von Juden Geld gegen Wechsel zu pumpten. Sein Hauptgläubiger ist ein Bankier Cohn aus Brinn, der dem Fürstentum ab und zu jedoch einen jüdischen Finanzberater namens Mandl zulegt, der ihn vor der Katastrophe retten soll. Der eble Fürstentum denkt gemäß wohnhaft an die Zeiten, wo sich seine Vorfahren in ähnlichen Situationen leicht über solche Bagatellen hinwegsetzten. Damals veranlaßte man einen kleinen Pogrom und schlug die Juden tot; man war mit einem Schläge seiner Schulden quitt und konfiszerte noch so nebenbei unter einem passenden Vorwand das Vermögen der Juden.

**Der Spaltplatz arbeitet weiter.** Die wegen ihrer Wahlarbeit gegen die Parteimehrheit aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschiedene Oppositionsgruppe um Seydewitz und Rosenfeld — die sich SWP. nennt — hielt über

## Büchtligen Zahlern fällt der Beitrag leicht!

Für die Woche vom 3. bis 9. April ist der 15. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

Offen ihren ersten Parteitag in Berlin ab. Ein Aktionsprogramm und eine Prinzipienklärung, die mit vieler Mühe und Not aus der Laufe gehoben wurde, erhielt die Stimmenmehrheit der Delegierten. Eine Minderheit von 27 Delegierten, darunter drei Reichstagsabgeordnete, gab durch ihre Führerin, Prof. Dr. Anna Siemien, eine Erklärung ab, daß sie sich nicht an die Prinzipienklärung gebunden fühle und auch weiterhin auf dem Boden der von der Minderheit abgegebenen Erklärung stehe. Das bedeutet weiteren Verfall und einen Schritt näher zur Auflösung. Bei der Abspaltung von der Sozialdemokratischen Partei erklart unter den Eigenbröttern der Ruf zur Herstellung der „Einheitsfront des Proletariats“. Das nahm sich wunderbar aus bei denen, die durch ihre Abspaltung die Einheit der Arbeiterchaft mit Hitler gestreut hatten. Der Verfall des Parteitags legt Zeugnis ab von der „Befähigung“ dieses Gruppens, die Einheitsfront zu verwirklichen. Es war dieser Miniaturpartei nicht einmal möglich, das Widerwärtigen Anhänger auf eine gemeinsame politische Linie zu vereinigen. Der Spaltplatz wird in ihren Reihen weiterwählen, bis diese überflüssigste aller Parteien das Zeitliche segnen wird. Je schneller dies geschieht, um so besser ist es für die Arbeiterbewegung.

**Also doch Klassenkampf?** Die Bolschewisten bekommen Angst vor der zweiten Präsidentschaft. Ihre Anhänger erzählen nämlich den Führern, man sollte beim zweiten Wahlgang eigentlich für Hitler stimmen. Das ist kein Wunder, denn bisher hat man ja als Hauptgegner immer die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften bezeichnet. Wenn nun bekannnt ist, daß Hitler kommunistische Absichten mit der Angst, und es schreibt: „Gewalt, die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Selbst dies aber, daß sie bewegen die Nazis an die Macht kommen lassen sollen, damit erst recht ihre Ketten fester gezogen werden und sie, an Armen und Füßen gefesselt, in einem Arbeitszuchthaus ihr Leben verbringen? Das wäre Wahnsinn, das wäre Klassenkampf! Solcher Klassenkampf kann den Gegnern nur recht sein! Ein ganz nebliges Eingeständnis. Nun scheint Hitler plötzlich doch der Hauptfeind zu sein! Über die Angst des kommunistischen Abendlandes ist verständlich. Die SWP. besteht zu großen Teilen aus davongelaufenen Roffrontanhängern, und die Reichspräsidentenwahlen haben bewiesen, daß auch ehemals kommunistische Wähler zu Hitler überlaufen. Wenn man immer wieder erklart, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften seien der „Hauptfeind“, dann ist eben Hitler das kleinere Übel, und es ist kein Wunder, wenn dann die Anhänger des Bolschewismus — da ein Erfolg der Wahl Wilmanns ausgeschlossen erscheint — sich für Hitler entscheiden!

**Der Streik zwischen Irland und England.** Der Jahrbunderte währende Streit zwischen England und Irland ist neuerdings wieder aufgeleht. Im Jahre 1921 wurde durch ein Abkommen zwischen diesen beiden Inseln der Frieden für längere Zeit hergestellt. Die Wirtschaftskrisis, die in allen Ländern den radikalen politischen Bewegungen, wie in Aufstieg gab, hat auch in Irland den Einflüssen, der irischen republikanischen Partei, eine Mehrheit im irischen Parlament gebracht. Dem bisherigen irischen Ministerpräsidenten Cosgrave, der jahrelang immer eine — wenn auch nicht große — Mehrheit hinter sich hatte, war es gelungen, Irland weitgehende Rechte in dem Abkommen mit England wider zu erhalten. Die Stellung Irlands gegenüber England war die eines englischen Dominions. Die Selbstständigkeit ging so weit, daß Irland als selbständiger Staat in den Völkerbund aufgenommen wurde und 1928 sogar einen ländigen Ratssitz im Völkerbundrat erhielt. De Valera, der Führer der Sinnfeiner und heutiger Ministerpräsident Irlands, stellt nunmehr die radikalen Forde-

rungen dieser Partei wieder auf. Er fordert die Bestrafung aller politischen Gefangenen, die Abschaffung des Kreuzes gegenüber der britischen Krone und die Bestätigung der Zahlung von jährlich drei Millionen Pfund an das britische Schatzamt. Die neue irländische Regierung treibt damit den Konflikt mit England wieder auf die Spitze. Die Ursachen des Streites sind nicht zuletzt in der religiösen Verschiedenartigkeit der englischen und irischen Bevölkerung zu suchen. Die Irländer sind fast Katholiken, die mit einem an Prinzipienreiterei grenzenden Fanatismus ihre Selbstständigkeit wieder erkämpfen wollen, obwohl seine wirtschaftliche Struktur Irland zu England hinzieht. Die englische Regierung, deren Vorgängerinnen es immer meisterhaft verstanden haben, Konflikte in ihrem Machtbereich zu lösen, versucht auch hier mit leidenschaftlicher oder bestimmter Art, Irland zum Gehorsam dem Mutterlande gegenüber zu zwingen.

**Frankreich's Donaupläne.** Cardui, der neue französische Außenminister und Nachfolger Briand's, geht mit weittragenden mitteleuropäischen Plänen schwanger. Die Donaupläne, d. h. die Nachfolgesaaten der Habsburger Monarchie, sind nicht lebensfähige Gebilde, die besonders in der heutigen Wirtschaftskrisis in großen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten stecken. Wer diesen Ländern aus dieser Misere heraushilft, wird sich dadurch eine politische Vormachtstellung auf dem Balkan verschaffen. Es liegt in der politischen Linie Frankreich's, seinem Weltüberblick diese günstige Kapitalanlagemöglichkeit zu verschaffen und sich dadurch außenpolitische Vorteile zu sichern. Frankreich hat bereits vor einigen Wochen der Tschechoslowakei eine 600-Millionen-Anleihe gewährt und fördert damit bewußt eine Politik, die die Nachbarstaaten Deutschlands in das französische Schlepptau nimmt. Frankreich war der schärfste Gegner einer deutsch-österreichischen Zollunion — einer außenpolitischen Frühgeburt — die es mit allen Mitteln bekämpfte und zu Fall brachte. Cardui versucht jetzt den Spiel umzudrehen und durch eine von Frankreich lancierte Zollunion der Donauplänen Deutschland vor vollendete Tathandlung zu stellen. Gewisse Zugeständnisse in der Reparationsfrage, die nur vorläufig angebeutet werden, sollen dementsprechend diesen Plänen gemacht werden. Nun gehen die Dinge doch nicht so glatt, wie es sich der geschäftliche französische Außenminister gedacht hatte. England gefallt es durchaus nicht, wenn sich Frankreich durch seine handelspolitischen Interessen auf dem Balkan bedroht. Ähnlich verhält sich Italien diesen französischen Plänen gegenüber. Hinzu kommt, daß Cardui durch die sehr kritischen Kammerdebatten über die Anleihe für die Tschechoslowakei einen sehr starken Dämpfer erhielt. Er hat darum vorrücksichtshalber in seinen Plan keine Staatsgelder eingeseht, sondern rechnet mit der Finanzierung durch französische Privatbanken. Vorläufig hat er mit seinen Plänen sowohl bei England als auch bei Italien einige Schwierigkeiten zu überwinden. In nächster Zeit werden sich die Vertreter der interessierten Großmächte, darunter auch Deutschland, zu einer Konferenz wohlwiegend in London — zusammenfinden, in der die Frage der Donauunion behandelt werden soll.

**Kammerwahlen in Frankreich.** Das französische Parlament muß bis Ende Mai neu gewählt sein. Als Wahltermin ist mit Rücksicht auf den Ausgang der bevorstehenden Landtagswahlen in verschiedenen Freistaaten Deutschlands der 1. Mai für den ersten Wahlgang und der 8. Mai für die Stichwahl vorgesehen. Die jetzige Kammermehrheit, die französische Rechte, erhofft einen Rechtsruck in den deutschen Ländern und vertritt sich davon einen Auftrieb der nationalistischen Stimmung in Frankreich. Sie hat diese Wahlschlüsse nach der Aufstellung der französischen Linken durchaus nötig, wenn sie in der heutigen Stärke in die Kammer zurückkehren will. Die französischen Sozialisten erwarten ein für sie günstiges Abschneiden bei der Wahl, da nach ihrer Meinung die Mehrheit des französischen Volkes mit der Politik der Caval und Cardui unzufrieden ist. Die Reaktion in den einzelnen Ländern hat sich von jeher gegenseitig in die Hände gearbeitet. Sorgen wir darum bei den kommenden Wahlen für eine Wiedergeburt der Reaktion im eigenen Lande, so werden wir die Vorbedingung für den Frieden und die deutsch-französische Verständigung auch in Frankreich schaffen helfen.

## Allgemeine Rundschau

**Rudolf Zhielberg 65 Jahre alt.** Bereits im vorigen Jahre konnte unter Rudolf auf 25 Jahre fleißiger und verdienstvoller Angestelltenfähigkeit in der Bauarbeiterbewegung zurückzusehen. Nunmehr hat er am 5. April sein 65. Lebensjahr vollendet. Damit ist unter Freund Zhielberg an einer bedeutungsvollen Scheidegrenze seines Lebens angekommen. Traditionsgemäß dürfte er nun bald als aktiver Mitarbeiter aus unserer Bewegung ausscheiden. Selbstverständlich wird man im Hauptbüro des Bundes seine wertvolle Kraft, gepaart mit lebenswichtigen Charakter, vermissen; jedoch seine Umfrö in allen Lebenslagen hat auch dafür gesorgt, daß nach seinem Abschied aus dem aktiven Dienst der Bauarbeiterbewegung vollgültiger Ersatz für ihn vorhanden ist. Es erübrigt sich — da bereits im vorigen Jahre geschehen — bei dieser Gelegenheit nochmals die hohen Verdienste unseres Rudolf Zhielberg um die Bauarbeiterbewegung ins rechte Licht zu rücken. Wir bedauern uns darauf, ihm als einem Mann, begabt von seltener Ueberzeugungsreue und unübertrefflichem Fleiß, nochmals an dieser Stelle ein besonderes Denkmal zu setzen. Wir glauben, daß er auch nach seinem Abschied aus dem aktiven Dienst des Bauarbeiterbewegung dennoch nicht unterlassen wird, der Drangsal nicht nur passive Treue zu bewahren, sondern öfters — wenn es sich Eifer und der Gedanke um den Bauarbeiterbewegung als in bestehendem Rahmen für den Dienst der Bauarbeiterbewegung und die allgemeine Arbeiterbewegung zu wirken. Persönlich scheiden wir nur bedingt voneinander. Unser Freund Rudolf ist so mit unserer Bewegung verwachsen, daß wir ihn oftmals wiedersehen und begrüßen werden. Zum Schluß gratulieren wir unserm Lebensjubiläum nachträglich von ganzem Herzen zur Vollendung seines 65. Lebensjahres und wünschen ihm, daß er nebst seiner Ostin einen recht langen und angenehmen Lebensabend erleben möge!

**Arbeiterwohnungsbaue in Leningrad.** Am 3. Dezember erstikene die Sowjetregierung und das Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Sowjetunion eine Verordnung,

